

Erschienen in:

Lind, G. (2017). Charterschulen ante portas: US-Präsident Donald Trump nominiert Privatisierungs-Aktivistin als US-Bildungsministerin. *Lehren & Lernen*, 1-2017, 43, 36-38.

[Weitere Publikationen von Georg Lind.](#)

Georg Lind

Charterschulen *ante portas*: US-Präsident Donald Trump nominiert Privatisierungs-Aktivistin als US-Bildungsministerin

Abstract

Schon seit einiger Zeit tobt in den USA ein Krieg von superreichen Milliardären wie Bill Gates (*Microsoft*), Mark Zuckerberg (*Facebook*) und den Waltons (*Walmart*) und von christlichen Fundamentalisten gegen das öffentliche Schulwesen. Mit Hilfe von Charterschulen und Bildungsgutscheinen wollen die Schulen privatisieren. Die Präsidenten Reagan, Clinton, Bush und Obama hatten diesen Kampf unterstützt. Trump hat diesen Kampf jetzt mit der Nominierung der Milliardärin und Privatisierungsaktivistin Betsy DeVos als Bildungsministerin intensiviert. Die Gründer der USA waren davon überzeugt, dass eine öffentliche, qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürger überlebenswichtig für die Demokratie ist. Wir dürfen das öffentliche Schulwesen aber nicht einfach nur verteidigen, sondern müssen es demokratisch weiterentwickeln. Vor allem müssen wir mehr tun, um in den Schulen die Urteilsfähigkeit der Menschen und ihre moralisch-demokratische Kompetenz zu fördern.

Schon seit einiger Zeit tobt in den USA ein Krieg von superreichen Milliardären wie Bill Gates (*Microsoft*), Mark Zuckerberg (*Facebook*) und den Waltons (*Walmart*) gegen das öffentliche Schulwesen. Mit Hilfe von Charterschulen und Bildungsgutscheinen wollen sie die Schulen privatisieren. Die Präsidenten Reagan, Clinton, Bush und Obama hatten diesen Kampf unterstützt. Trump hat diesen Kampf jetzt mit der Nominierung der Milliardärin und Privatisierungsaktivistin Betsy DeVos als Bildungsministerin intensiviert. Mit dem wenig bekannten, geplanten TISA-Abkommen, das immer noch verhandelt wird, besteht die Gefahr, dass dieser Kampf sich bald auf Europa ausdehnt. TISA ist noch problematischer als TTIP, das noch längst nicht gestorben ist.

Offiziell wird die Einrichtung von Charterschulen damit begründet, dass das öffentliche Schulwesen bei internationalen Vergleichstests (PISA) schlecht abschneide und Kindern von

Minoritäten und aus armen Verhältnissen keine angemessene Förderung bekommen. Soweit die Milliardäre bereits Charterschulen betreiben, lässt sich noch ein andere Motiv erkennen: Profit. Sie haben das Schulwesen als Investitionsgelegenheit entdeckt, nachdem sie wegen der Niedrigzinspolitik immer größere Schwierigkeiten haben, lohnende Anlagen für ihren Reichtum zu finden.

Nun hat diese Bewegung der Milliardäre einen neuen Schub bekommen: Trump hat die 58-jährige, sehr konservative Milliardärin Betsy DeVos als neue Bildungsministerin nominiert. Das gilt als Belohnung für ihren radikalen Einsatz für Charterschulen und Bildungsgutscheine (*voucher*) in ihrem Heimatstaat Michigan, aber auch für ihre großzügigen Wahlkampfspenden für ihren neuen Chef. Ihre Familie hat die Milliarden vor allem mit Zulieferbetrieben für die Autoindustrie gemacht, die von dem Freihandelsabkommen NAFTA und der Auslagerung der Arbeitsplätze nach Mexiko profitiert hat. Sie selbst macht ihre Milliarden mit fragwürdigen „Pyramiden-Geschäften“ ähnlich dem Tupperware-Vertrieb, was beschönigend als „Mehrebenen-Vertrieb“ genannt wird. Kritiker halten diese Geschäfte für illegal.

Die Charterschulen wurden in den USA auf Druck von Linken und Rechten als Ergänzung des öffentlichen Schulwesens eingeführt. Sie sollen als eine Art Sonderschule Kindern aus armen Elternhäusern und aus ethnischen Minderheiten eine bessere Schule bieten. Charterschulen sind öffentlich finanzierte Schulen in privater Regie. Charterschulen werden weitgehend von den Auflagen befreit, die sonst für Schulen gelten. Sie werden nur einer sehr lockeren Schulaufsicht unterworfen und brauchen ihre Schüler kaum mit Schulleistungstests behelligen. Anfangs sahen linksliberale Pädagogen darin eine Möglichkeit, alternative Vorstellungen von guter Schule zu verwirklichen. Inzwischen merken sie, dass sie gegen die Milliarden der Ultrakonservativen und der christlichen Fundamentalisten keine Chance haben. Inzwischen haben Investoren und Verlagskonzerne, die sich auf die Herstellung von Lehrbüchern und Schultests spezialisiert haben, sie als Goldgrube entdeckt. Investoren brauchen kein Geld für den Unterhalt der Schulen ausgeben und bekommen satte Renditen. Verlage können Lehrbücher und Tests teuer an ihre eigenen Schulen verkaufen.

Die Staaten haben die Zahl der Charterschulen begrenzt. Es sollte ja nur bestimmten Schülergruppen ein Angebot gemacht, aber nicht gleich das ganze Schulwesen in private Regie gegeben werden. Man befürchtete, dass eine weitgehende Privatisierung der Schulen eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Genau dies droht nun. Eine Reichen-Phalanx versucht seit langem, die Kappungsgrenzen durch aufwändig beworbene Volksentscheide loszuwerden. In dem noch immer unter dem Wirbelsturm Katrina leidenden Staat Louisiana haben sie bereits einige „Siege“ errungen. Hier hat vor allem der Bush-Clan mit einer eigenen Schul-Firma die Privatisierung vorangetrieben. Momentan konzentrieren die Milliardärs-Clans ihren Krieg gegen die öffentlichen Schulen auf Staaten wie New Jersey, Michigan, Massachusetts und Kalifornien, in denen sie hoffen, die Kappungsgrenze kippen zu können.

Bislang ist es engagierten Bürgern gelungen, diese Attacken auf das öffentliche Schulwesen

abzuwehren. Sie organisieren sich in zahlreichen lokalen Gruppen und kommunizieren landesweit mittels Blogs. Eine wichtige Rolle spielt auf nationaler Ebene Diane Ravitch. Sie war stellvertretende Bildungsministerin unter den Präsidenten Bush und Clinton und war in dieser Funktion Vorkämpferin für die Charterschulen in den USA. Aber ihre Forschung hat sie zum Schluss kommen lassen, dass die Privatisierung des Schulwesens zu einem Niedergang der Demokratie in Amerika führen würde. Sie hat ihr Umdenken in einem sehr lesenswerten Buch aufgeschrieben „Rein of error: The hoax of the privatization movement and the danger to America’s public schools“. Grob übersetzt: „Die Regentschaft des Irrtums: Der Schwindel der Privatisierungsbewegung und die Gefahr für Amerikas öffentliche Schulen“. Sie betreibt heute einen viel genutzten Blog, in dem sie aktuelle Berichte über diese Gefahr verbreitet (<https://dianeravitch.net/>).

Dank dieser Blogs werden die negativen Folgen der Charterschulen, die der Bildungsforschung schon lange bekannt sind, inzwischen auch für die Öffentlichkeit sichtbar: Lehrer halten es in Charterschulen offenbar weniger lang aus als in öffentlichen Schulen. Sie klagen über schlechtes Arbeitsklima, geringe Unterstützung und Arbeitsüberlastung. Sie müssen oft im Unterricht statt eigenen Text wie Schauspieler vorgeschriebenen Text vortragen („scripted learning“). Viele Schüler kehren wegen schlechter Betreuung wieder zurück an ihre öffentliche Schule. Einige Charterschulen mussten bereits schließen, weil die Zahl der erfolgreichen Absolventen auf ein Viertel und weniger der Abschlussklasse gesunken ist. Bildungsforscher bemängeln auch, dass die Charterschulen wieder stärker zu einer Segregation nach rassischen und ökonomischen Merkmalen führen und daher das Land immer mehr spalten.

Die designierte Ministerin für Bildung DeVos zeigt sich von diesen Entwicklungen unbeeindruckt. Sie will die Privatisierung mit Charterschulen und Voucher-System (Bildungsgutscheine) weiter vorantreiben. Kritische Beobachter durch sie den sozialen Frieden und Zusammenhalt der US-Gesellschaft gefährdet. Kary Moss, Direktor der *American Civil Liberties Union* von Michigan, dem Heimatstaat der neuen Ministerin, drängt den US-Kongress, Betsy DeVos als Bildungsministerin zu verhindern:

„Wir drängen den Kongress [der die Nominierung bestätigen muss], den Werdegang von Betsy DeVos genau unter die Lupe zu nehmen. Sie war eine eiserne Verfechterin von Bildungsgutscheinen, eine irregeleitete Vorstellung, die das Geld von Steuerzahlern in private und kirchliche Schulen umleitet und das fundamentale amerikanische Prinzip der Trennung von Kirche und Staat pervertiert. Sie und ihre Mann dienten als Hauptgeldeintreiber und Motor für die Volksentscheids-Initiative ‚Kids First! Yes!‘ in Michigan, die von den Wählern im Jahr 2000 gründlich abgelehnt wurde. Sie hat die ungehinderte Ausbreitung von Charterschulen in Michigan heiß unterstützt, wodurch gewinn-orientierte Schulen aufgewertet wurden, ohne dass bedacht wurde, welcher ernsthafter Schaden dadurch den öffentlichen Schulen droht. Sie hat das getan entgegen der überwältigenden Evidenz, dass Charterschulen keineswegs eine bessere Bildung als traditionelle Schulen bieten und nur die Finanzierungsnöte der geldknappen Schulbezirke verschärfen. Wir glauben, dass alle Kinder ein Recht auf eine gute

öffentliche Bildung haben, und wir fürchten, dass die erbarmungslose Interessenvertretung von Betsy DeVos zugunsten von Charterschulen und Bildungsgutscheinen dieses Prinzip verrät.“

(Meine Übersetzung, GL; Quelle: <http://wp.me/p2odLa-fLS>)

Die Gründer der USA waren einst davon überzeugt, dass eine öffentliche, qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürger überlebenswichtig für die Demokratie ist. Wie sonst sollen Bürger sich selbst regieren, komplexe Sachverhalte verstehen und die richtigen Personen in ihre Ämter wählen können? Diese Einsicht scheint in den USA, aber auch bei uns, weitgehend verloren gegangen zu sein. Wir sollten uns immer wieder daran erinnern. Wir dürfen aber die öffentlichen Schulen nicht einfach nur verteidigen, sondern müssen sie demokratisch weiterentwickeln. Vor allem müssen wir mehr tun, um in den Schulen die Urteilsfähigkeit der Menschen und ihre moralisch-demokratische Kompetenz zu fördern.

Prof. em. Dr. Georg Lind
Georg.Lind@uni-konstanz.de

Schottenstr. 65
78462 Konstanz